

BESCHLUSSEMPFEHLUNG UND BERICHT

des Europa- und Rechtsausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 5/154 -

2007 - „Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle“
- auch in Mecklenburg-Vorpommern

A. Problem

Durch Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates (Nr. 771/206/EG) ist das Jahr 2007 zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ erklärt worden. Insbesondere vier Zielsetzungen werden damit verfolgt. Für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung soll sensibilisiert werden, eine Debatte über Möglichkeiten zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe diskriminierter Gruppen soll angeregt werden, die Vielfalt und die Gleichheit von Menschen soll anerkannt, gefördert und gewürdigt werden und der gesellschaftliche Zusammenhalt soll gefördert werden. Jeder Mitgliedsstaat ist gehalten, eine nationale Strategie und nationale Prioritäten für das Europäische Jahr vorzusehen. In der Durchführung ihrer Aufgaben sollen staatliche Stellen eng mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

B. Lösung

Mit dem Antrag soll die öffentliche Debatte über das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“ in Mecklenburg-Vorpommern gefördert werden. Die europäische Initiative wird begrüßt und gewürdigt, die bisherigen Bemühungen um und die tatsächlich durch die Landesregierung erreichten Verbesserungen werden anerkannt. Mit den Änderungen, die der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt, wird die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen des Europaberichts 2007/2008 über die Umsetzung des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ im Lande zu unterrichten. Der Funktion des Landeshaushaltes wird dadurch Rechnung getragen, dass die Landesregierung aufgefordert wird, entsprechende Projekte nach Maßgabe des Haushalts zu fördern.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuss**C. Alternativen**

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Landtag möge beschließen,

den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/154 mit folgender Änderung und im Übrigen unverändert anzunehmen:

Ziffer 3 des Antrages wird wie folgt neu gefasst:

„3. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf:

- im Europabericht 2007/2008 über Maßnahmen zur Umsetzung des ‚Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle‘ in Mecklenburg-Vorpommern zu unterrichten,
- zur Erreichung der Ziele des ‚Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle‘ zielgruppenspezifische und zielgruppenübergreifende Projekte nach Maßgabe des Haushalts zu fördern.“

Schwerin, den 29. Mai 2007

Der Europa- und Rechtsausschuss

Detlef Müller

Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Detlef Müller

I. Allgemeines

Der Landtag hat den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - 2007 - „Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle“ - auch in Mecklenburg-Vorpommern - auf Drucksache 5/154 in seiner 12. Sitzung am 1. Februar 2007 beraten und an den Europa- und Rechtsausschuss federführend sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Sozialausschuss überwiesen.

Der Europa- und Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 5. Sitzung am 21. März 2007 und abschließend in seiner 7. Sitzung am 2. Mai 2007 beraten.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Finanzausschuss

Der Finanzausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 15. März 2007 beraten und der Annahme des Antrages mit der Maßgabe zugestimmt, Ziffer 3 des Antrages wie folgt neu zu fassen:

„3. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf:

- **im Europabericht 2007/2008 über Maßnahmen** zur Umsetzung des ‚Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle‘ in Mecklenburg-Vorpommern zu unterrichten,
- zur Erreichung der Ziele des ‚Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle‘ zielgruppenspezifische und zielgruppenübergreifende Projekte **nach Maßgabe des Haushalts** zu fördern.“

Der Finanzausschuss hat dem ersten Anstrich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP, gegen die Stimmen der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der NPD sowie dem zweiten Anstrich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der FDP und einer Stimme der Fraktion der Linkspartei.PDS, bei einer Gegenstimme der Fraktion der Linkspartei.PDS und Gegenstimme der Fraktion der NPD mehrheitlich zugestimmt.

2. Sozialausschuss

Der Sozialausschuss hat den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in seiner 5. Sitzung am 25. April 2007 beraten und im Rahmen seiner Zuständigkeit einstimmig empfohlen, den Antrag mit folgender Maßgabe - ansonsten unverändert - anzunehmen:

Ziffer 3 wird wie folgt neu gefasst:

„3. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf:

- im Europabericht 2007/2008 über Maßnahmen zur Umsetzung des ‚Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle‘ in Mecklenburg-Vorpommern zu unterrichten,
- zur Erreichung der Ziele des ‚Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle‘ zielgruppenspezifische und zielgruppenübergreifende Projekte nach Maßgabe des Haushalts zu fördern.“

III. Wesentliche Ergebnisse der Beratungen des Europa- und Rechtsausschusses

Im Rahmen der Ausschussberatungen ist von der Landesregierung - die Federführung liegt hier beim Sozialministerium - erläutert worden, dass zur Umsetzung des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ in Deutschland zwei Gremien eingerichtet worden seien: Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe und der Beratungsbeirat der Zivilgesellschaft. Deutschland erhalte aus EU-Mitteln insgesamt 640 Tausend Euro für den gesamten Bereich und die nationale Umsetzungsstrategie. Vor diesen Hintergrund habe die Bund-Länder-Arbeitsgruppe entschieden, Schwerpunkte zu setzen und einzelne „Leuchtturm-Projekte“ zu fördern. Im Kern der Aktivitäten des Landes gehe es darum, sich an Bundesaktivitäten aktiv zu beteiligen und zu verdeutlichen, dass im Land viele Maßnahmen und Projekte auf den Weg gebracht worden seien, die einen inhaltlichen und thematischen Bezug zum Ansatz des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ aufwiesen; Öffentlichkeit für existierende Programme solle hergestellt werden. Der durch das Land in die Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingebrachte strategische Ansatz sei ressortübergreifend erarbeitet worden.

Nach Abschluss der Ausschussberatungen ist ein schriftlicher Bericht des Sozialministeriums zur Konzeption des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ zu den Unterlagen des Ausschusses gereicht worden.

Von Seiten der Fraktion der SPD ist besonderer Wert darauf gelegt worden, den Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse zu folgen. Es sei wichtig, die Abgeordneten rechtzeitig auf konkrete Termine für Aktionen im Rahmen des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ hinzuweisen, um eine aktive Mitwirkung zu ermöglichen.

Von Seiten der Fraktion der CDU ist hervorgehoben worden, dass mit der Umsetzung der Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien in nationales Recht die gesetzlichen Grundlagen für die Herstellung von Chancengleichheit geschaffen worden seien. Aktuell gehe es um die Umsetzung und Durchsetzung der entsprechenden Vorschriften. Auf Landesebene sei man mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, dem Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss des Landtages sehr gut aufgestellt. Eine Berichterstattung über Landesaktivitäten im Rahmen des Europaberichtes sei ausreichend.

Von Seiten der Fraktion der Linkspartei.PDS ist betont worden, dass im vergangenen Jahr gute Voraussetzungen auf Landesebene geschaffen worden seien, um das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“ mitzugestalten. Solche thematischen Schwerpunkte seien wichtig, um Defizite der Gesellschaft ins Bewusstsein zu rufen. Vor dem Hintergrund der Plenarbefassung und der Ausschussberatungen habe die Fraktion der Linkspartei.PDS mit ihrem Antrag das Bewusstsein entsprechend schärfen helfen können.

Von Seiten der Fraktion der FDP ist hervorgehoben worden, dass Chancengleichheit hergestellt werden müsse, gleichzeitig ist angezweifelt worden, dass es gelingen werde, durch das Europäische Jahr positive Änderungen zu bewirken.

Von Seiten der Fraktionen der SPD und der CDU ist beantragt worden, Ziffer 3 des Antrages wie folgt neu zu fassen:

„3. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf:

- im Europabericht 2007/2008 über Maßnahmen zur Umsetzung des ‚Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle‘ in Mecklenburg-Vorpommern zu unterrichten,
- zur Erreichung der Ziele des ‚Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle‘ zielgruppenspezifische und zielgruppenübergreifende Projekte nach Maßgabe des Haushalts zu fördern.“

Der Änderungsantrag ist mehrheitlich bei Zustimmung von Seiten der Fraktionen der SPD, der CDU, der Linkspartei.PDS und der FDP sowie einer Gegenstimme von Seiten der Fraktion der NPD angenommen worden.

Damit hat sich der Ausschuss die mitberatenden Stellungnahmen des Finanzausschusses und des Sozialausschusses zu Eigen gemacht.

Eine Anregung der Fraktion der Linkspartei.PDS aufnehmend, verständigte sich der Ausschuss einvernehmlich dazu, im Bericht darauf hinzuweisen, dass sich nach Möglichkeit alle Fachausschüsse mit dem Themenkomplex befassen sollten.

Nach Abschluss der Ausschussberatungen ist der Themenkomplex im Rahmen einer Informationsreise des Ausschusses intensiv mit einem Mitarbeiter der Europäischen Kommission - Generaldirektion Beschäftigung und Soziales - erörtert und vertieft worden.

Die Beschlussempfehlung ist insgesamt mehrheitlich bei Zustimmung von Seiten der Fraktionen der SPD, der CDU, der Linkspartei.PDS und der FDP sowie einer Gegenstimme von Seiten der Fraktion der NPD verabschiedet worden.

Schwerin, den 29. Mai 2007

Detlef Müller
Berichterstatter